

**MAGYAR KÖZTÁRSASÁG KORMÁNYA**

**T/4400. számú**

**törvényjavaslat**

**az EUROFIMA Európai Vasúti Gördülőállomány-finanszírozási Társaság  
alapításáról szóló Egyezmény és Kiegészítő Jegyzőkönyve kihirdetéséről**

**Előadó: Dr. Fellegi Tamás  
nemzeti fejlesztési miniszter**

**Budapest, 2011. szeptember**

## 2011. évi ... törvény

### az EUROFIMA Európai Vasúti Gördülőállomány-finanszírozási Társaság alapításáról szóló Egyezmény és Kiegészítő Jegyzőkönyve kihirdetéséről

(Az EUROFIMA Európai Vasúti Gördülőállomány-finanszírozási Társaság  
alapításáról szóló Egyezmény és Kiegészítő Jegyzőkönyve a Magyar Köztársaság vonatkozásában  
1991. május 22-én léptek hatályba.)

#### 1. §

Az Országgyűlés az EUROFIMA Európai Vasúti Gördülőállomány-finanszírozási Társaság alapításáról szóló Egyezményt és Kiegészítő Jegyzőkönyvét (a továbbiakban: Egyezmény) e törvénnyel kihirdeti.

#### 2. §

Az Egyezmény hiteles német nyelvű szövege és hivatalos magyar nyelvű fordítása a következő:

#### **„ABKOMMEN über die Gründung der «Eurofima», Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterialeinkäufen**

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, Spaniens, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Grossherzogtums Luxemburg, des Königreichs Norwegen, des Königreichs der Niederlande, der Portugiesischen Republik, Schwedens, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien Diesem Abkommen auch beigetreten sind: die Regierung der Türkischen Republik am 18. März 1957, die Regierung des Königreichs Griechenland am 14. August 1957, die Regierung der Ungarischen Republik am 6. Februar 1991, die Regierung der Kroatischen Republik am 10. März 1993, die Regierung der Slowenischen Republik am 6. Mai 1993, die Regierung der Republik Bosnien und Herzegowina am 19. September 1996, die Regierung der ex-jugoslawischen Republik Mazedonien am 27. November 1996, die Regierung der Bulgarischen Republik am 2. April 1998, die Regierung der Slowakischen Republik am 21. November 2000, die Regierung der Tschechischen Republik am 26. Juli 2002 und die Regierung der Republik Montenegro am 17. Oktober 2006.

*in der Erwägung*, dass die Eisenbahnen ihre Aufgabe in der Gesamtwirtschaft nur dann erfüllen können, wenn sie in der Lage sind, die einer normalen Erneuerung und einer unumgänglichen Modernisierung des rollenden Materials entsprechenden Investitionen durchzuführen; dass die Fortschritte, die bei der Standardisierung und bei der gemeinsamen Verwendung des Materials erzielt wurden, ihre logische Ergänzung in der Einführung eines Verfahrens zur internationalen Finanzierung der Materialeinkäufe finden;

*in der Erwägung*, dass ein solches Finanzierungsverfahren zur Festigung der Bemühungen auf technischen Gebiet um eine fortschreitende Integration der Eisenbahnen auf europäischer Ebene beizutragen vermag und diese Finanzierungsmethode sich auch besonders gut für genormte Fahrzeuge eignen würde, deren Eigentum leicht von einem zu andern Land übertragen werden kann;

*in der Erwägung*, dass die Deutsche Bundesbahn, die Nationale Gesellschaft der französischen Eisenbahnen, die Italienischen Staatsbahnen, die Nationale Gesellschaft der belgischen Eisenbahnen,

die Schweizerischen Bundesbahnen, die Niederländischen Eisenbahnen, die Nationale Gesellschaft der Luxemburgischen Eisenbahnen, die Jugoslawischen Eisenbahnen, die Portugiesische Eisenbahngesellschaft, die Österreichischen Bundesbahnen, die Dänischen Staatsbahnen, die Norwegischen Staatsbahnen vereinbart haben, die «Eurofima», Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial (im nachstehenden «Die Gesellschaft» genannt) zu gründen;

*in der Erwägung*, Dass die Gesellschaft sowohl nach ihrer Zusammensetzung als auch nach ihrem Zweck einem öffentlichen Interesse dient und ein Gebilde internationaler Prägung darstellt;

*in der Feststellung*, dass die Gesellschaft den Zweck hat, die Ausrüstung und den der Öffentlichkeit dienenden Betrieb der Eisenbahnen der Vertragsparteien zu bestmöglichen Bedingungen zu fördern;

*von dem Wunsche geleitet*, unter diesen Umständen jede der Gesellschaft mögliche Unterstützung zu gewähren;

*in der Erkenntnis*, dass die Tätigkeit der Gesellschaft auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet durch Ausnahmeregelungen begünstigt werden muss, und dass die Gründung und Tätigkeit der Gesellschaft nicht dazu führen darf, dass den beteiligten Eisenbahnverwaltungen höhere Lasten an Steuern und Abgaben erwachsen, als wenn jede von ihnen ihre Materialeinkäufe mit eigenen Mitteln finanzieren würde;

*in der Erwägung*, dass der Kredit der Gesellschaft, die ihre Materialeinkäufe grossenteils durch Anleihen finanzieren muss, nur geschaffen und aufrechterhalten werden kann, wenn die von den Eisenbahnverwaltungen der Gesellschaft gegenüber eingegangenen Verpflichtungen unter allen Umständen eingehalten werden;

haben die unterzeichneten Vertreter ernannt, die ordnungsgemäss bevollmächtigt, folgendes vereinbart haben:

### **Artikel 1**

**a.** Die an diesem Abkommen beteiligten Regierungen billigen die Gründung der Gesellschaft, für welche die in der Anlage zum Abkommen beigefügten Statuten (im folgenden «die Statuten» genannt) und subsidiär das Recht des Sitzstaates, insoweit es durch dieses Abkommen nicht geändert wird, massgebend sind.

**b.** Die Regierung des Sitzstaates wird die erforderlichen Massnahmen ergreifen, um gleich nach dem Inkrafttreten des Abkommens die Errichtung der Gesellschaft zu ermöglichen.

### **Artikel 2**

**a.** Die Statuten sowie alle Änderungen, die sie gemäss den Bedingungen der Statuten und unter Berücksichtigung der nachfolgenden Bestimmungen erfahren, werden ungeachtet jeder entgegenstehenden Bestimmung des Rechtes des Sitzstaates rechtswirksam.

**b.** Die Zustimmung aller an diesem Abkommen beteiligten Regierungen, von welchen eine Eisenbahnverwaltung Aktionär der Gesellschaft ist, ist erforderlich für Änderungen der Statuten betreffend

- den Sitz der Gesellschaft,
- den Zweck,
- die Dauer,

- die Bedingungen für die Aufnahme einer Eisenbahnverwaltung in die Gesellschaft als Aktionär,
- die in bestimmten Fällen erforderliche qualifizierte Mehrheit für die Abstimmung in der Generalversammlung,
- die Stimmgleichheit der Mitglieder des Verwaltungsrates,
- die Haftung der Aktionäre für die mit der Gesellschaft abgeschlossenen Finanzierungsverträge (die Bestimmungen darüber sind in den Artikeln 2, 3, 4, 9, 15, 18 und 26 der beiliegenden Statuten enthalten).

**c.** Änderung der Statuten, die sich auf die Erhöhung oder Herabsetzung des Grundkapitals, das Stimmrecht der Aktionäre, die Zusammensetzung des Verwaltungsrates und die Verteilung des Gewinnes beziehen (die entsprechenden Bestimmungen darüber sind in den Artikeln 5, 15, 18 und 29 der beiliegenden Statuten enthalten), bedürfen der Zustimmung der Regierung des Sitzstaates.

**d.** Die Regierung des Sitzstaates wird unverzüglich den anderen Regierungen alle von der Gesellschaft beschlossenen Statutenänderungen innerhalb einer Frist von 3 Monaten, gerechnet von der Bekanntgabe der Änderungen an, wirksam, wenn keine Regierung, deren Zustimmung nach den genannten Absätzen erforderlich ist, Einspruch erhoben hat. Solche Einsprüche sind der Regierung des Sitzstaates mitzuteilen, die sie den anderen Regierungen zur Kenntnis bringt.

**e.** Erhebt eine Regierung Einspruch, so wird sie mit den anderen Regierungen auf Ersuchen einer derselben in Beratung eintreten, um die Zweckmäßigkeit der betreffenden Änderungen zu prüfen.

### **Artikel 3**

**a.** Wenn die zwischen der Gesellschaft und den Eisenbahnverwaltungen abgeschlossenen Verträge über die Zurverfügungstellung des durch die Gesellschaft gekauften Materials dem Recht des Sitzstaates unterworfen werden, bleibt die Gesellschaft solange Eigentümerin des betreffenden Materials, sofern darüber nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, bis sie den vollständigen Kaufpreis erhalten hat, ohne dass eine Eintragung in das Register notwendig ist. In diesem Falle hat die Gesellschaft, wenn ein Vertrag wegen Verzugs einer Eisenbahnverwaltung hinfällig wird, das Recht, neben Schadenersatz wegen Nichterfüllung des Vertrages auch die Rückgabe des betreffenden Materials zu verlangen, ohne die bereits empfangen Zahlungen zurückerstatten zu müssen.

**b.** Werden die Gerichte des Sitzstaates angerufen, so werden sie über Streitigkeiten aus Verträgen, die zwischen der Gesellschaft und den Eisenbahnverwaltungen abgeschlossen und dem Recht des Sitzstaates unterworfen sind, erkennen.

### **Artikel 4**

**a.** Die Regierungen werden ihren Eisenbahnverwaltungen die Genehmigungen erteilen, die sie für alle Handlungen, die sich auf die Gründung der Gesellschaft beziehen, benötigen.

**b.** Die Regierungen werden alle Handlungen ihrer Eisenbahnverwaltungen erleichtern, die sich auf die Tätigkeit der Gesellschaft beziehen.

### **Artikel 5**

**a.** Falls der Staat nicht schon auf Grund bestehender innerstaatlicher Bestimmungen für die Verbindlichkeiten einer Eisenbahnverwaltung seines Landes, die Aktionär der Gesellschaft ist, sei es mit seinem ganzen oder mit einem Teil seines Vermögens haftet, so wird die Regierung die von dieser Eisenbahnverwaltung gegenüber der Gesellschaft eingegangenen Verbindlichkeiten garantieren.

**b.** Diese Garantie wird indessen nicht ohne weiteres gewährt, wenn die oben genannte Eisenbahnverwaltung selbst zugunsten einer Eisenbahnverwaltung, die nicht Aktionär der Gesellschaft ist, oder zugunsten eines anderen Eisenbahnunternehmens die Haftung übernommen hat. Fehlt im letzteren Fall die Garantie der Regierung, zu der die Aktionärverwaltung gehört, dann übernehmen auch die übrigen Regierungen keine Garantieverpflichtung.

#### **Artikel 6**

**a.** Die Beschlüsse der Gesellschaft über die Errichtung von Agenturen oder Filialen unterliegen der Zustimmung aller an diesem Abkommen beteiligten Regierungen, von welchen eine Eisenbahnverwaltung Aktionär der Gesellschaft ist. Das in den Absätzen d und e des Artikels 2 vorgesehene Verfahren wird auf die im vorliegenden Absatz angeführten Beschlüsse der Gesellschaft angewendet.

**b.** Die Gesellschaft wird alljährlich den an diesem Abkommen beteiligten Regierungen, von welchen eine Eisenbahnverwaltung Aktionär der Gesellschaft ist, über die Entwicklung der Gesellschaft und ihre finanzielle Lage Bericht erstatten. Diese Regierungen werden über alle die Tätigkeit der Gesellschaft berührenden Fragen von gemeinsamen Interesse sowie über die sich hierfür notwendig erweisenden Massnahmen beraten.

#### **Artikel 7**

**a.** Die an diesem Abkommen beteiligten Regierung werden, soweit erforderlich, die notwendigen Massnahmen treffen, damit die von der Gesellschaft getätigten Geschäfte zur Versorgung der Eisenbahnverwaltungen mit Eisenbahnmaterial, mit sofortigem oder späterem Eigentumsübergang, so durchgeführt werden können, dass sich daraus im Vergleich zum unmittelbaren Erwerb gleichen Materials durch die Eisenbahnverwaltungen keine zusätzlichen steuerlichen Belastungen ergeben.

**b.** In gleicher Weise werden die Regierungen, soweit erforderlich, die notwendigen Massnahmen treffen, damit die Ein- und Ausfuhr von Eisenbahnmaterial im Rahmen der im vorstehenden Absatz umschriebenen Geschäfte so durchgeführt werden können, dass sich draus im Vergleich zu unmittelbaren Ein- und Ausfuhr gleichen Materials durch die Eisenbahnverwaltungen keine zusätzlichen Steuer- und Zollbelastungen ergeben.

**c.** Die besonderen steuerlichen Vorteile, die der Sitzstaat der Gesellschaft für ihre Gründung und ihre Geschäftigkeit gewährt, bilden Gegenstand eines zwischen der Regierung des Sitzstaates und den übrigen am Abkommen beteiligten Regierungen abgeschlossenen Zusatzprotokolls zu diesem Abkommen.

#### **Artikel 8**

Die an diesem Abkommen beteiligten Regierungen werden, soweit erforderlich, die notwendigen Massnahmen ergreifen, um die Ein- und Ausfuhr von Material, das der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft entspricht, zu erleichtern.

## **Artikel 9**

Die an diesem Abkommen beteiligten Regierungen werden im Rahmen ihrer Devisenvorschriften die erforderlichen Massnahmen ergreifen, um die Durchführung der im Zusammenhang mit der Gründung und der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sich ergebenden Geldbewegungen sicherzustellen.

## **Artikel 10**

Sollte sich später zeigen, dass die Anwendung von Rechtsvorschriften im Sitzstaat oder im Lande einer anderen am Abkommen beteiligten Regierung für die Verfolgung des Zweckes der Gesellschaft Schwierigkeiten verursachen kann, so wird die betreffende Regierung mit den übrigen Regierungen auf Ersuchen einer von ihnen in Beratungen eintreten, um diese Schwierigkeiten im Geiste der Bestimmungen dieses Abkommens und des in Artikel 7 Absatz c erwähnten Zusatzprotokolls zu regeln.

## **Artikel 11**

**a.** Jede Regierung eines europäischen Landes, die dieses Abkommen nicht unterzeichnet hat, kann diesem vom Zeitpunkt seiner Anwendung an durch eine an die Schweizerische Regierung gerichtete Mitteilung beitreten.

**b.** Der Beitritt einer Regierung, die nicht Mitglied der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister ist, wird jedoch erst dann wirksam, wenn die Regierungen aller am Abkommen beteiligten Staaten der Schweizerischen Regierung ihre Zustimmung angezeigt haben.

**c.** Der Beitritt zu diesem Abkommen hat den Beitritt zu dem in Artikel 7, Absatz c erwähnten Zusatzprotokoll zur Folge.

## **Artikel 12**

Dieses Abkommen ist für die Dauer des Bestehens der Gesellschaft abgeschlossen.

## **Artikel 13**

**a.** Eine an diesem Abkommen beteiligte Regierung, von der keine Eisenbahnverwaltung Aktionär der Gesellschaft ist oder von der alle Eisenbahnverwaltungen als Aktionär aus der Gesellschaft ausgeschieden sind, kann vom Abkommen durch eine Mitteilung an die Schweizerische Regierung, unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist, zurücktreten. Tritt jedoch die Regierung des Sitzstaates vom Abkommen zurück, so wird sie aus dem Abkommen so lange nicht entlassen, als der Sitz der Gesellschaft nicht in einen anderen Staat verlegt ist.

**b.** Ist eine Regierung gemäss diesem Artikel aus dem Abkommen ausgeschieden, so werden dadurch ihre Verpflichtungen aus Artikel 5 für die Verbindlichkeiten ihrer Eisenbahnverwaltung oder Eisenbahnverwaltungen, die diese als Aktionär der Gesellschaft eingegangen sind, nicht berührt.

## **Artikel 14**

Jede Streitigkeit zwischen den am Abkommen beteiligten Regierungen über ein anderes Verfahren, der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes unterworfen.

## **Artikel 15**

- a.** Dieses Abkommen tritt einen Monat, nachdem es von der Schweizerischen Regierung zusammen mit dem in Artikel 7, Absatz c, erwähnten Zusatzprotokoll ratifiziert worden ist und wenn soviel andere Regierungen entweder ohne Ratifikationsvorbehalt unterzeichnet oder ihre Ratifikationsurkunden hinterlegt haben, dass der Aktienbesitz der Eisenbahnverwaltungen dieser Regierungen 80 % des Grundkapitals der Gesellschaft ausmacht, in Kraft.
- b.** Für jeden Unterzeichner, der das Abkommen später ratifiziert, tritt es mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde in Kraft.
- c.** Die Ratifikationsurkunden werden bei der Schweizerischen Regierung hinterlegt.

## **Artikel 16**

- a.** Unbeschadet des vorhergehenden Artikels sind sich die Unterzeichner darüber einig, dieses Abkommen vorläufig in dem Umfange in Kraft zu setzen, als es die Verfassungsbestimmungen ihres Landes erlauben. Bei der Unterzeichnung wird jede Regierung bekanntgeben, unter welchen Bedingungen und in welchem Umfange sie dieses Abkommen vorläufig in Kraft setzen wird.
- b.** Dieser Artikel tritt für alle Regierungen, die dieses Abkommen mit oder ohne Ratifizierungsvorbehalt unterzeichnet haben, in Kraft, sobald die Schweizerische Regierung dieses Abkommen und das in Artikel 7, Absatz c, erwähnte Zusatzprotokoll ratifiziert hat.

## **Artikel 17**

Die Schweizerische Regierung gibt allen am Abkommen beteiligten Regierungen und der Gesellschaft Kenntnis von der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden, der Beitrittserklärungen und Kündigungen. In gleicherweise gibt sie den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens bekannt.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Vertreter nach Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten das vorliegende Abkommen unterzeichnet.

---

So geschehen in Bern am 20. Oktober 1955 in französischer, deutscher und italienischer Sprache, in einem einzigen Exemplar, das im Archiv der Schweizerischen Regierung hinterlegt wird, und von welchem sie allen Regierungen, die Mitglieder der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister sind, eine gleichlaufende beglaubigte Abschrift zukommen lässt.

**ZUSATZ-PROTOKOLL**  
**zum Abkommen über die Gründung der «Eurofima», Europäische**  
**Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial**

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich, des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, des Königreichs Spanien, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Grossherzogtums Luxemburg, des Königreichs Norwegen, des Königreichs der Niederlande, der Portugiesischen Republik, des Königreichs Schweden und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien einerseits, und die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits,

die das Abkommen über die Gründung einer Europäischen Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial (im folgenden «das Abkommen» genannt) unterzeichnet haben,

im Hinblick auf Absatz c des Artikels 7 des Abkommens,

in der Feststellung, dass die Statuten der Europäischen Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial (im folgenden «die Gesellschaft» genannt), die dem Abkommen beigefügt sind, vorsehen, dass der Sitz der Gesellschaft besondere Steuervorteile für ihre Gründung und ihre Tätigkeit zu gewähren,

haben folgendes vereinbart:

**Artikel 1**

Die Gesellschaft geniesst in der Schweiz, solange sie dort ihrem Sitz hat und ohne dass hierdurch die Bestimmungen des Artikels 7, Absatz a und b, des Abkommens berührt werden, folgende steuerlichen Befreiungen:

1. Befreiung von der Emissionsabgabe auf Aktien der Gesellschaft.
2. Befreiung von der Wehrsteuer vom Einkommen und vom Kapital und Reserven sowie von jeder an ihre Stelle tretenden künftigen direkten Bundessteuer.
3. a) Befreiung von der Emissionsabgabe für die Titel sämtlicher nach dem 31. März 1993 ausgegebenen Anleihen der Gesellschaft;  
b) Befreiung von der Pflicht zur Entrichtung der Umsatzabgabe für die nach dem 31. März 1993 getätigten Wertschriftengeschäfte der Gesellschaft;  
c) Befreiung von der Verrechnungssteuer für die Zinsen von Anleihen der Gesellschaft, die ausschliesslich im Ausland zur Zeichnung aufgelegt, nicht an schweizerischen Börsen kotiert werden und deren Zinsen- und Rückzahlungsdienst ausschliesslich von ausländischen Stellen besorgt wird.
4. Nichterhebung der Verrechnungssteuer auf die Dividenden, welche die Gesellschaft an die Bahnverwaltungen ausschüttet.
5. Nichterhebung des Zuschlages zur Grundgebühr für die Eintragung in Handelsregister.



6. Befreiung von der kantonalen und kommunalen Steuer vom Einkommen und vom Vermögen der Gesellschaft im Kanton Basel-Stadt.
7. Befreiung, mit Wirkung ab 1. Januar 1995, von der Mehrwertsteuer des Bundes, das heisst Befreiung von der Subjektiven Steuerpflicht, verbunden mit dem Anspruch auf Entlastung von der Vorsteuer.

## **Artikel 2**

Das vorstehende Protokoll tritt mit seiner Ratifizierung durch die Schweizerische Regierung in Kraft, die ihrerseits den anderen unterzeichneten Regierungen diese Ratifikation bekanntgibt.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Vertreter, nach Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten das vorliegende Protokoll unterzeichnet.

---

So geschehen in Bern am 20. Oktober 1955 in französischer, deutscher und italienischer Sprache, in einem einzigen Exemplar, das im Archiv der Schweizerischen Regierung hinterlegt wird, und von welchem sie allen Regierungen, die Mitglieder der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister sind, eine gleichlaufende beglaubigte Abschrift zukommen lässt

**EGYEZMÉNY**  
**az EUROFIMA Európai Gördülőállomány**  
**Finanszírozási Társaság megalapításáról**

A Németországi Szövetségi Köztársaság, az Osztrák Köztársaság, a Belga Királyság, a Dán Királyság, a Spanyol Királyság, a Francia Köztársaság, az Olasz Köztársaság, a Luxemburgi Nagyhercegség, a Norvég Királyság, a Holland Királyság, a Portugál Köztársaság, a Svéd Királyság, a Svájci Kantonszövetség és a Jugoszláv Föderatív Népköztársaság Kormánya, az Egyezményhez csatlakozott még: 1957. március 18-án a Török Köztársaság Kormánya, 1957. augusztus 14-én a Görög Királyság Kormánya, 1991. február 6-án a Magyar Köztársaság Kormánya, 1993. március 10-én a Horvát Köztársaság Kormánya, 1993. május 6-án a Szlovén Köztársaság Kormánya, 1996. szeptember 19-én Bosznia-Hercegovina Köztársaság Kormánya, 1996. november 27-én a Macedónia Volt Jugoszláv Köztársaság Kormánya, 1998. április 2-án a Bolgár Köztársaság Kormánya, 2000. november 21-én a Szlovák Köztársaság kormánya, 2002. július 26-án a Cseh Köztársaság Kormánya, és 2006. október 17-én a Montenegrói Köztársaság Kormánya.

*tekintettel arra,* hogy a vasutak nemzetgazdaságon belüli feladatukat csak akkor képesek ellátni, ha végre tudják hajtani a gördülőállomány szokásos felújításához és elengedhetetlen modernizálásához szükséges beruházásokat; hogy a standardizálással és a közös anyagfelhasználással elérni kívánt fejlődés logikus kiegészítésre találjon az anyagbeszerzések nemzetközi finanszírozását szolgáló eljárás bevezetésében;

*tekintettel arra,* hogy az ilyen finanszírozási eljárás hozzájárulhat műszaki területen a vasutak európai szintű, fokozódó integrációja érdekében kifejtett törekvések megszilárdulásához és arra, hogy ezek a finanszírozási módszerek különösen alkalmasak a szabványos járművekre, amelyek tulajdona egyszerűen átruházható egyik országról a másikra;

*tekintettel arra,* hogy a Német Szövetségi Vasút, a Francia Vasutak Nemzeti Társasága, az Olasz Államvasutak, a Belga Vasutak Nemzeti Társasága, a Svájci Szövetségi Vasút, a Holland Vasút, a Luxemburgi Vasutak Nemzeti Társasága, a Jugoszláv Vasutak, a Portugál Vasúttársaság, az Osztrák Szövetségi Vasutak, a Dán Államvasutak és a Norvég Államvasutak megállapodtak az Eurofima, az Európai Gördülőállomány Finanszírozási Társaság (a továbbiakban: Társaság) megalapításáról;

*mivel,* a Társaság összetétele és célja alapján egyaránt közérdeket szolgáló, nemzetközi alakulat;

*annak megállapításával,* hogy a Társaság célja a szerződő felek vasúttársaságai felszerelésének és közérdeket szolgáló üzemeltetésének lehető legjobb feltételek melletti támogatása;

*azon igénytől vezérelve,* hogy ilyen körülmények között mindegyik társaság részére biztosított legyen a lehetséges támogatás;

*annak felismerésével,* hogy a Társaság gazdasági és pénzügyi területen kifejtett tevékenységét kivételes szabályokkal kell támogatni, és hogy a Társaság alapítása és tevékenysége nem eredményezheti azt, hogy az érdekelt vasút igazgatóságokra nagyobb adó- és járulékterhek háruljanak annál, mintha anyagbeszerzéseiket külön-külön, saját forrásaikból finanszíroznák;

*tekintettel arra*, hogy az anyagbeszerzéseit nagyrészt kölcsönökből finanszírozó Társaság csak akkor kaphat hitelt és képes azokat fenntartani, ha a vasútigazgatóságok a Társasággal szemben felmerült kötelezettségeiket minden körülmények között teljesítik;

az alulírott képviselőket kinevezték, előírászerű meghatalmazással ellátták, és a következő megállapodást kötötték:

### **1. cikk**

**a.** Az Egyezményben érdekelt kormányok beleegyeznek a Társaság megalapításába, amelyre nézve az Egyezmény mellékleteként csatolt alapszabályok (a továbbiakban: Alapszabályok) és szubszidiárius jelleggel a székhelyállam joga irányadóak, amennyiben az Egyezmény másképp nem rendelkezik.

**b.** A székhelyállam kormánya fogatosítja a szükséges intézkedéseket annak érdekében, hogy az Egyezmény hatálybalépését követően azonnal lehetővé váljon a Társaság megalapítása.

### **2. cikk**

**a.** Az Alapszabályok és annak összes módosítása, amely az Alapszabályok feltételei szerint és a következő rendelkezések figyelembevételével valósulnak meg, a székhelyállam jogának bármely ellentétes rendelkezésétől függetlenül, jogerőssé válnak.

**b.** Az Egyezményben részt vevő valamennyi kormány beleegyezése – amelyek részéről egy-egy vasúti igazgatás a társaság részvényese – szükséges az Alapszabályok alábbiakat érintő módosításához:

- a Társaság székhelye,
- célja,
- időtartama,
- a vasútigazgatásnak a Társaság részvényesévé történő felvételéhez szükséges feltételek,
- meghatározott esetekben szükséges minősített többség közgyűlési szavazáskor,
- az igazgatótanács tagjainak szavazategyenlősége,
- a részvényesek helytállása a Társasággal kötött finanszírozási szerződésekért (az erről szóló rendelkezéseket a mellékelt Alapszabályok 2., 3., 4., 9., 15., 18. és 26. cikkei tartalmazzák).

**c.** Az Alapszabályoknak az alaptőke növelését vagy leszállítását, a részvényesek szavazati jogát, az igazgatótanács összetételét és a nyereség felosztását érintő változtatásaihoz (az erről szóló rendelkezéseket a mellékelt Alapszabályok 5., 15., 18. és 29. cikkei tartalmazzák) a székhelyállam kormányának beleegyezése szükséges.

**d.** A székhelyállam kormánya a többi kormánynak haladéktalanul bejelenti a Társaság által elhatározott, az Alapszabályokat érintő változtatásokat. A jelen cikk b. és c. bekezdése esetében a változtatások a bejelentésüktől számított három hónapon belül válnak hatályossá, ha egyetlen olyan kormány sem emelt kifogást ellene, amelynek jóváhagyása az érintett szakaszok szerint szükséges. Az esetleges kifogásokat közölni kell a székhelyállam kormányával, amely a többi kormány tudomására hozza ezt.

**e.** Ha valamely kormány kifogást emel, akkor a többi kormánnyal, annak kérésére, konzultációt kezdenek az érintett változtatás célszerűségének vizsgálatáról.

### **3. cikk**

**a.** Ha a Társaság és a vasútigazgatóságok között, a Társaság által beszerzett anyag rendelkezésre bocsátásáról létrejött szerződések a székhelyállam joghatálya alá kerülnek, a Társaság marad mindaddig az érintett anyag tulajdonosa – ettől eltérő más kifejezett megállapodást kivéve –, amíg a teljes vételárát meg nem kapta anélkül, hogy ezt jegyzékbe kellene venni. Abban az esetben, ha a szerződés bármely vasútigazgatóság késedelme miatt válik tárgytalanná, a Társaságnak joga van a szerződés teljesítésének elmulasztása miatti kártérítés mellett az érintett anyag visszaszolgáltatását is követelni anélkül, hogy vissza kellene térítenie az addig átvett kifizetéseket.

**b.** Ha a székhelyállam bíróságaihoz fordulnak, akkor a Társaság és a vasútigazgatóságok között létrejött szerződésekből eredő, és a székhelyállam törvényeinek joghatálya alá tartozó jogvitákat a bíróságok befogadják.

### **4. cikk**

**a.** A kormányok vasútigazgatóságaik részére minden, a Társaság alapításához kapcsolódó eljáráshoz szükséges engedélyt megadnak.

**b.** A kormányok vasútigazgatóságaik valamennyi, a Társaság tevékenységére vonatkozó eljárását megkönnyítik.

### **5. cikk**

**a.** Abban az esetben, ha az állam, amely a Társaság részvényese, a fennálló, államon belüli rendelkezések alapján nem felelős teljes vagyonával vagy vagyonának részével országa vasútigazgatóságának kötelezettségeiért, akkor a kormány vállal kezességet a vasútigazgatósága részéről a Társasággal szemben felmerülő kötelezettségekért.

**b.** Ez a garancia mindazonáltal nem automatikusan biztosított, ha a fent nevezett vasútigazgatóság saját maga olyan vasútigazgatóságért, amely nem részvényese a Társaságnak, vagy másik vasútvállalatért vállalt felelősséget. Ha ez utóbbi esetben hiányzik azon kormány garanciája, amelyhez a részvényes igazgatósága tartozik, akkor a többi kormány sem vállal garancia-kötelezettséget.

### **6. cikk**

**a.** A Társaság ügynökségek vagy kirendeltségek alapításáról szóló határozatai valamennyi, a jelen Egyezményben részt vevő és a Társaságban részvényes kormány jóváhagyásának hatálya alá tartoznak. A 2. cikk d. és e. bekezdésében előírányzott eljárást alkalmazzák a Társaság jelen bekezdésben felsorolt határozataira.

**b.** A Társaság éves jelentéseket készít a Társaság fejlődéséről és pénzügyi helyzetéről az Egyezményben részt vevő mindazon kormányoknak, amelyek vasútigazgatósága a Társaság részvényese. A kormányok tanácskozást tartanak valamennyi, a Társaság tevékenységét érintő, közérdekű kérdésről, valamint az ezekkel kapcsolatban szükséges intézkedésekről.

### **7. cikk**

**a.** A jelen Egyezményben részt vevő kormányok szükség esetén megteszik az ahhoz szükséges intézkedéseket, hogy a társaság által eszközölt, a vasútigazgatóságok gördülőállománnyal történő

ellátását célzó és a tulajdon azonnali vagy későbbi átruházásával járó ügyletek úgy legyenek végrehajthatók, hogy abból, összevetve ugyanazon anyag vasútigazgatóságok általi közvetlen beszerzésével ne merüljenek fel kiegészítő adóterhek.

**b.** Ugyanilyen módon a kormányok szükség esetén megteszik az ahhoz szükséges intézkedéseket, hogy a gördülőállományok be- és kivitele a fenti bekezdésben leírt ügyletek keretében úgy legyen végrehajtható, hogy abból, összevetve ugyanazon anyag vasútigazgatóságok általi közvetlen behozatalával és kivitelével, ne merüljenek fel további adó- és vámterhek.

**c.** A Társaság székhelyállama által a Társaság megalapításához és üzleti tevékenységéhez nyújtott különleges adózási előnyök képezik a székhelyállam kormánya és az Egyezményben részt vevő többi kormány között létrejött, a jelen Egyezményhez csatolt kiegészítő jegyzőkönyv tárgyát.

## **8. cikk**

A jelen Egyezményben részt vevő kormányok szükség esetén intézkedéseket foganatosítanak annak érdekében, hogy megkönnyítsék a Társaság üzleti tevékenységének megfelelő anyagok be- és kivitelét.

## **9. cikk**

A jelen Egyezményben részt vevő kormányok devizasabályaik keretén belül megteszik a szükséges intézkedéseket, hogy biztosítsák a Társaság alapításával és üzleti tevékenységével összefüggő pénzmozgások végrehajtását.

## **10. cikk**

Ha később kiderülne, hogy a jogi előírásoknak a székhelyállamban vagy egy másik, az Egyezményben részt vevő kormány országában, a Társaság céljának követése érdekében történő alkalmazása nehézségeket okozhat, akkor az érintett kormány a többi kormánnyal együtt, egyikük megkeresése alapján konzultációt kezd a nehézségek jelen Egyezmény rendelkezéseinek szellemében történő és a 7. cikk c. bekezdésében említett kiegészítő jegyzőkönyvnek megfelelő rendezésére.

## **11. cikk**

**a.** Azon európai ország kormánya, amely nem írta alá a jelen Egyezményt, alkalmazásának dátumától kezdődően a Svájci Kormányhoz intézett bejelentés útján csatlakozhat ahhoz.

**b.** Azon kormány csatlakozása, amely nem tagja a Közlekedési Miniszterek Európai Konferenciájának, csak akkor válik hatályossá, ha valamennyi, az Egyezményben részt vevő állam kormánya a Svájci Kormánytól bejelenti jóváhagyását.

**c.** Az Egyezményhez történő csatlakozás a 7. cikk c. bekezdésében említett kiegészítő jegyzőkönyvhöz történő csatlakozást vonja magával.

## **12. cikk**

A jelen Egyezmény a Társaság fennállásának időtartamára jött létre.

### **13. cikk**

- a.** A jelen Egyezményben érdekelt azon kormány, amely részéről egyetlen vasútigazgatóság sem részvényese a Társaságnak, vagy amely részéről minden részvényes vasútigazgatóság kivált a Társaságból, a Svájci Kormányhoz intézett bejelentéssel, három hónapos felmondási határidő betartásával állhat el az Egyezménytől. Amennyiben a székhelyállam kormánya áll el az Egyezménytől, mindaddig nem bocsátható el az Egyezményből, amíg a Társaság székhelye nem kerül másik államba.
- b.** Ha a jelen cikk szerinti kormányok bármelyike kiválik az Egyezményből, vasútigazgatóságának vagy vasútigazgatóságainak a Társaság részvényeseként vállalt, az 5. cikkből fakadó kötelezettségei változatlanul fennmaradnak.

### **14. cikk**

Az Egyezményben részt vevő kormányok közötti, az Egyezmény értelmezését és alkalmazását érintő jogviták, más eljárásban történő megegyezés hiányában, a Nemzetközi Bíróság döntésének hatálya alá tartoznak.

### **15. cikk**

- a.** Az Egyezmény a Svájci Kormány általi, a 7. cikk c. bekezdésében említett kiegészítő jegyzőkönyvvel együtt történő ratifikálást követő egy hónappal lép hatályba és akkor, ha annyi kormány vagy ratifikációs fenntartás nélkül aláírta, vagy arra vonatkozó ratifikálási okiratát átadta, hogy ezen kormányok vasútigazgatóságainak részvénytulajdona a Társaság alaptőkéjének 80 %-át teszi ki.
- b.** Minden aláíró részére, amely az Egyezményt később ratifikálja, az a ratifikációs okirat letétbe helyezésével lép hatályba.
- c.** A ratifikációs okiratok a Svájci Kormányánál kerülnek letétbe helyezésre.

### **16. cikk**

- a.** A fentiekben említett cikk változatlanul hagyása mellett az aláírók egyetértenek abban, hogy a jelen Egyezmény átmenetileg olyan mértékben lép hatályba, ahogyan országaik alkotmányos rendelkezései megengedik. Aláírásakor minden egyes kormánnyal tudatják, milyen feltételekkel és milyen mértékben lép az Egyezmény átmenetileg hatályba.
- b.** A jelen cikk minden, az Egyezményt a ratifikálás fenntartásával vagy anélkül aláíró kormány számára hatályba lép, mielőtt a Svájci Kormány az Egyezményt és a 7. cikk c. bekezdésében említett kiegészítő jegyzőkönyvet ratifikálta.

## 17. cikk

A Svájci Kormány valamennyi, az Egyezményben részt vevő kormányt és a Társaságot tájékoztatja a ratifikációs okiratok, a csatlakozási nyilatkozatok és felmondások letétbe helyezéséről, illetve átadásáról. Ugyancsak tudatja az Egyezmény hatályba lépésének dátumát is.

Az Egyezmény okiratba foglalására alaki és tartalmi tekintetben megfelelőnek ítélt felhatalmazással bíró, alulírott képviselők aláírták a jelen Egyezményt.

---

Feljegyezve Bernben, 1955. október 20-án, francia, német és olasz nyelven, egy példányban, amely a Svájci Kormány irattárába került letétbe helyezésre, és amelyről a Svájci Kormány minden kormány részére, amely tagja a Közlekedési Miniszterek Európai Konferenciájának, megegyező, hiteles másolatot juttat el.

**KIEGÉSZÍTŐ JEGYZŐKÖNYV**  
**a vasúti anyagok finanszírozására létrejött társaság, az EUROFIMA Európai Gördülőállomány**  
**Finanszírozási Társaság megalapításáról szóló Egyezményhez**

A Németországi Szövetségi Köztársaság, az Osztrák Köztársaság, a Belga Királyság, a Dán Királyság, a Spanyol Királyság, a Francia Köztársaság, az Olasz Köztársaság, a Luxemburgi Nagyhercegség, a Norvég Királyság, a Holland Királyság, a Portugál Köztársaság, Svéd Királyság és a Föderatív Jugoszláv Népköztársaság Kormánya egyrésztől, és a Svájci Kantonszövetség Kormánya másrésztől,

amelyek aláírták az Európai Gördülőállomány Finanszírozási Társaság alapításáról szóló Egyezményt (a továbbiakban: Egyezmény), tekintettel az Egyezmény 7. cikk c. bekezdésére, annak megállapításával, hogy az Európai Gördülőállomány Finanszírozási Társaság (a továbbiakban: Társaság) alapszabályai, amelyeket az Egyezményhez csatolnak, előírnyozzák a Társaság részére különleges adóelőnyöket biztosítani a Társaság megalapításához és tevékenységéhez, az alábbi megállapodást kötötték:

**1. cikk**

A Társaság mindaddig a következő adómentességeket élvezi – anélkül hogy ez érintené a 7. cikk a. és b. bekezdésének rendelkezéseit – Svájcban, amíg székhelye itt található:

1. Mentesség a Társaság által kibocsátott részvényekre kivethető adó alól.
2. Mentesség a jövedelmekre, a tőkére és a tartalékokra kivethető nyereségadó alól, valamint valamennyi, ezek helyébe lépő jövőbeli, közvetlen szövetségi adó alól.
3. a) Mentesség a részvény-kibocsátási adó alól valamennyi, a Társaság 1993. március 31. után kibocsátott kötvény címeire;  
b) Mentesség a forgalom utáni adófizetési kötelezettség alól a Társaság 1993. március 31. után indított értékpapír ügyleteire;  
c) Mentesség a Társaság kötvényei utáni kamatokra kivethető elszámolási adó alól, amely kötvényeket kizárólag külföldön bocsátják ki, a Svájci Tőzsdén viszont nem jegyeznek, és ezek kamat- és visszafizetési szolgálatát kizárólag külföldi szervezetek teljesítik.
4. A Svájci Kormány nem vet ki elszámolási adót azon osztalékok után, amelyeket a Társaság a vasútigazgatóságok részére fizet ki.
5. A Svájci Kormány nem vet ki pótlékot a cégjegyzékbe történő bejegyzésért fizetendő alapilletékre.
6. Mentesség a kantonok és az önkormányzatok által kivethető, a Társaság bevételei és vagyona utáni adók alól Basel-Stadt kantonban.
7. 1995. január 1-jei hatállyal mentesség a szövetségi forgalmi adó alól, amely mentességet jelent az alanyi adófizetési kötelezettség alól, összekapcsolva az adóelőleg-fizetés alóli mentesség igényével.



## 2. cikk

A fenti jegyzőkönyv a Svájci Kormány általi ratifikálással lép hatályba, amely a többi aláíró kormány tudomására hozza a ratifikálás megtörténtét.

Az Egyezmény okiratba foglalására alaki és tartalmi tekintetben megfelelőnek ítélt felhatalmazással bíró, alulírott képviselők aláírták a jelen jegyzőkönyvet.

---

Feljegyezve Bernben, 1955. október 20-án, francia, német és olasz nyelven, egy példányban, amely a Svájci Kormány irattárába került letétbe helyezésre, és amelyről a Svájci Kormány minden kormány részére, amely tagja a Közlekedési Miniszterek Európai Konferenciájának, megegyező, hiteles másolatot juttat el.”

### 3. §

(1) E törvény a kihirdetését követő napon lép hatályba.

(2) E törvény végrehajtásához szükséges intézkedésekről a közlekedésért felelős miniszter gondoskodik.

## INDOKOLÁS

### ÁLTALÁNOS INDOKOLÁS

Az „EUROFIMA Európai Vasúti Gördülőállomány-finanszírozási Társaság” egy svájci székhelyű cég, amelynek részvényesei az Egyezményben részes tagállamok által kijelölt vasúti társaságok. A részvényességi státuszért cserébe a vállalattól kedvezményes finanszírozáshoz jutnak vasúti gördülőállomány beszerzéséhez.

Az állami kezességgel felvett EUROFIMA-forrás célja az állami közfunkcióból eredő közlekedési közszolgáltatás fizikai és pénzügyi paraméterekkel leírható hatékonyságának javítása. A kedvező kamatozású EUROFIMA gördülőállomány-finanszírozás igénybevételével mind a vasúti társaságoknak, mind a vasutat igénybe vevő utasoknak előnye származik, mivel a finanszírozás eredményeként lehetőség nyílik korszerűbb, komfortosabb vasúti kocsik és nagyobb teljesítményű mozdonyok beszerzésére, illetve forgalomba állítására.

A vasúti járművek (gördülőállomány) beszerzésének finanszírozására alapított EUROFIMA Társasághoz történő csatlakozásról a Kormány 1991. január 8-i, 3007/1991. sz. határozata rendelkezik. Az EUROFIMA Európai Vasúti Gördülőállomány-finanszírozási Társaság alapításáról szóló, 1955. október 20-án elfogadott Egyezményhez, illetve annak Kiegészítő Jegyzőkönyvéhez a Magyar Köztársaság csatlakozási okiratának letétbe helyezésére 1991. március 12-én került sor. Az Egyezmény és a Kiegészítő Jegyzőkönyv a Magyar Köztársaság vonatkozásában 1991. május 22-én lépett hatályba.

A törvényjavaslattal az EUROFIMA Európai Vasúti Gördülőállomány-finanszírozási társaság alapításáról szóló Egyezmény és Kiegészítő Jegyzőkönyve (a továbbiakban: Egyezmény) kihirdetését kezdeményezzük.

## RÉSZLETES INDOKOLÁS

Az 1. §-hoz

A paragrafus az Egyezmény kihirdetéséről rendelkezik.

A 2. §-hoz

A paragrafus az Egyezmény hiteles német nyelvű szövegét és hivatalos magyar nyelvű fordítását tartalmazza.

A 3. §-hoz

A paragrafus első bekezdése a törvény hatálybalépéséről rendelkezik, a második bekezdés pedig a törvény végrehajtásáért felelős minisztert nevezi meg.